

Das war 2020: Streiks, #blacklivesmatter, #dannibleibt und natürlich Corona

Die wohl größte Tarifaueinandersetzung des Jahres um den TVöD war einerseits geprägt vom enormen öffentlichen Rückhalt, den insbesondere die Beschäftigten in den Krankenhäusern in der Pandemie gewonnen hatten, andererseits von der großen Schwierigkeit, einen Arbeitskampf im Angesicht der herannahenden zweiten Welle zu organisieren. DIE LINKE hat in den letzten Jahren mit bundesweiter Kommunikation und lokalem Agieren in Pflegebündnissen rund um die Kämpfe der Krankenhausbeschäftigten ein gutes Beispiel dafür gesetzt, wie verbindende Klassenpolitik funktionieren kann, an das wir anknüpfen wollen. Auch die Kooperation zwischen ver.di und FFF bei der Tarifrunde im Nahverkehr war ein hoffnungsvoller Ansatz, der auch aufgrund der Pandemie leider nicht in letzter Konsequenz erprobt werden konnte.

Als Echo auf die Black Lives Matter – Bewegung in den USA gab es international antirassistische Proteste mit einem Fokus auf Polizeigewalt, die in Deutschland auch unter dem Eindruck der rassistischen und antisemitischen Anschläge in Halle und Hanau standen. Strukturen migrantischer Selbstorganisation spielten eine besondere Rolle in der Mobilisierung, an der sich radikale Linke, DIE LINKE und Linksliberale sowie Anhänger*innen von SPD und Grünen beteiligten. Neben der Bewegung auf der Straße trat eine liberale Öffentlichkeit aus Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, aber auch die Grünen sowie die neuen SPD-Vorsitzenden für eine Aufarbeitung struktureller Polizeiprobleme ein, dagegen standen Union, AfD, Polizeigewerkschaften und Teile der SPD.

Der Druck der Bewegung brachte Seehofer in Bezug auf die Polizeistudie in Bedrängnis, Landesregierungen wurden zu kleineren Zugeständnissen in Hinblick auf die Zurückdrängung rassistischer Polizeigewalt gezwungen, wenngleich der Trend zu mehr Polizei-Befugnissen und Überwachung weiter anhält.

DIE LINKE wurde auf Bundesebene wieder einmal ambivalent wahrgenommen, wenn etwa Dietmar Bartsch die Polizei gegen einen vermeintlichen Generalverdacht verteidigte und damit die SPD-Vorsitzende von rechts angriff.

In der Klimabewegung verschob sich der Fokus im Laufe des Jahres vom Kohleausstieg in Richtung

34 Verkehrswende, im kleineren Maßstab mit der TVN-Auseinandersetzung und im großen mit der
35 Rodung des Danneröder Waldes für den Autobahnbau. Die Allianz von radikalen Aktivist*innen in
36 Baumhausdörfern bis zu großen Umwelt-NGOs funktionierte in der öffentlichen Zuspitzung und
37 breiteren Mobilisierung, so gut letztere unter Corona-Bedingungen möglich war. Die Grünen
38 werden für ihre Rolle in der hessischen Landesregierung scharf kritisiert, haben aber bisher keinen
39 fundamentalen Glaubwürdigkeitsverlust als vermeintliche Klimapartei erlitten. Für die
40 Bewegungslinke ist eine radikale Klimapolitik im Sinne des 1.5 Grad-Ziels unverzichtbar. Die
41 öffentliche Wahrnehmung der LINKEN in der Klimafrage ist weiterhin gering und eher davon
42 geprägt, dass ambitionierte Klimaschutzvorschläge in der Bundestagsfraktion kontrovers diskutiert
43 wurden. Hessen und die Auseinandersetzung um den Danni bilden eine positive Ausnahme.

44

45 Die AfD befindet sich nicht mehr im Aufschwung, seit ihr Lieblingsthema Migration aus dem
46 gesellschaftlichen Fokus verschwunden ist und erhielt im Jahr der Pandemie am ehesten
47 Aufmerksamkeit für ihren innerparteilichen Streit. Die beiden Lager wollen die Ziele der Partei auf
48 verschiedenen Wegen erreichen: Meuthen mittels Teilnahme an einer rechts-autoritären
49 bürgerlichen Regierung. Höcke und Gauland mittels des Aufbaus einer faschistischen
50 Bewegungspartei zur Errichtung einer faschistischen Diktatur. Trotz der momentanen Schwäche
51 der AfD erinnern die Wahl von Kemmerich in Thüringen und die Auseinandersetzung zum
52 Rundfunkbeitrag daran, wie dünn an manchen Stellen die vermeintlichen Brandmauern sind, die
53 Faschisten in Deutschland vom Zugriff auf staatlichen Macht ausschließen sollen.

54

55 Wie 2020 insgesamt bildet die Corona-Pandemie im besonderen ein Brennglas gesellschaftlicher
56 Konflikte ab: Kapitalistische Verwertungsinteressen und herunter gesparte und vernachlässigte
57 öffentliche Einrichtungen behindern einen effektiven Kampf gegen das Virus und kosten
58 Menschenleben. Die Lufthansa wird mit Milliarden gerettet, während Familien in kleinen
59 Stadtwohnungen und prekär beschäftigte Paketbot*innen die Last der Lockdowns tragen müssen.
60 Gleichzeitig verbreiten rechte Verschwörungsideologen mit beängstigendem Erfolg, dass alles nur
61 eine Erfindung von Bill Gates war. Die Union konnte sich in der Krise als Kanzlerinnenpartei
62 erheblich stabilisieren, Opposition kam im Bund wie in den Ländern kaum vor. DIE LINKE hat sich
63 schwer getan, darin eine Rolle zu finden. Auch die links mitregierten Länder stachen insgesamt
64 weder durch eine besondere soziale Abfederung der Krise noch in den Auseinandersetzungen um
65 Arbeitsbedingungen und Bezahlung im Gesundheitswesen hervor.

66 In den letzten Monaten haben Partei und Fraktion lautstark eine Vermögensabgabe als
67 Lastenausgleich nach der Krise gefordert. Diese Vermögensabgabe wird in der Partei breit getragen
68 und ist gerade angesichts der in der Krise massiv gewachsenen großen Vermögen in weite Teile der
69 Gesellschaft anschlussfähig. Wir wollen diese Forderung zu einem wichtigen Baustein für die
70 Auseinandersetzungen 2021 und danach machen.

71

72 **Das wird 2021: Neuer Parteivorstand, Bundestagswahlen und die kommenden Jahre**

73 Die Ausgangslage, die Partei zu einer bewegungsorientierten Klassenbewegung aufzustellen, ist gar
74 nicht so schlecht: DIE LINKE hat sich in den letzten Jahren spürbar verjüngt. Eine neue aktivistische
75 Generation, die über die jüngsten Bewegungen gegen Rechts oder für die Rettung des Klimas auf
76 die Straße gegangen sind, prägen immer häufiger auch das Gesicht der Partei vor Ort. Mit den
77 Kandidaturen von Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow eröffnet sich ein Zeitfenster, das
78 wir nutzen wollen, um die Erneuerung der LINKEN als bewegungsorientierte Mitgliederpartei
79 voranzubringen und verbindende Klassenpolitik zum politischen Kern der Partei zu machen.

80

81 Dieser Moment bietet auch die Chance, eine neue positive Dynamik zu starten, die Mitglieder nach
82 den Konflikten der letzten Jahre aus der Resignation zurückholt und ausstrahlt, dass DIE LINKE zu
83 neuen Erfolgen aufbricht. Wahlprogramm, Wahlkampagne und (Spitzen-)Kandidaturen müssen
84 dazu beitragen, diese Möglichkeit zu nutzen. Gerade in Spitzenpositionen darf es keine
85 automatische Wiederaufstellung geben, die auch existentielle Schwächen und unnötige politische
86 Unklarheiten der letzten Jahre fortschreiben würde. Wir erwarten von verantwortlichen
87 Genoss*innen, dass sie unsere Programmatik klar vertreten und ihr Handeln am Konzept einer
88 Mitgliederpartei orientieren, nicht an dem eines Fraktionsapparats mit angeschlossener
89 Wahlkampfmaschine.

90

91 Konstellationsdebatten um DIE LINKE bzw. eine grün-rot-rote Bundesregierung sind angesichts der
92 Umfragewerte und der Orientierung von Grünen und SPD in Richtung der Union aktuell
93 weitgehend abgeklungen. Grundsätzlich wägen wir die Chancen und Risiken solcher
94 Bündnisoptionen und darum geführter Debatten auch innerhalb der Bewegungslinken
95 unterschiedlich ab. Eine LINKE, die sich in einer möglichen R2G-Regierung an Aufrüstung und
96 Kriegseinsätzen beteiligt, die Privatisierung der Daseinsvorsorge vorantreibt oder Sozialabbau
97 mitträgt, möchte niemand von uns. Für die vor uns liegende Bundestagswahl muss vielmehr unser

98 Ziel sein uns mit einer konfliktorientierten Strategie und Auftreten, als diejenige Partei zu
99 präsentieren, die angesichts der vielfachen Krisen klar gegen die herrschenden Verhältnisse steht
100 und die Menschen dazu ermutigt, selbst aktiv zu werden.

101
102 Dementsprechend müssen wir im Wahlprogramm eine Vermögensabgabe nach der Corona-Krise,
103 eine Klimapolitik für das 1.5-Grad-Ziel und den Kampf gegen rassistische Strukturen in
104 Staatsapparaten ebenso prominent fordern wie eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt dem
105 menschenverachtenden Hartz-IV-Regime und die Abschaffung der DRGs zugunsten eines
106 gemeinwohlorientierten Gesundheitswesens.

107
108 Eine Linke, die Gesellschaft grundlegend verändern will, kann sich in der Kommunikation nicht auf
109 Bundestagsreden und Talkshowbesuche verlassen. Sie braucht das Engagement Zehntausender vor
110 Ort, die ihre Kolleg*innen und Nachbar*innen gegen den Unsinn der herrschenden Meinung von
111 einer solidarischen Alternative überzeugen. Wahlkämpfe sind Zeiten erhöhten politischen
112 Interesses, in denen viel mehr Menschen als sonst in Parteien eintreten. Wir wollen deshalb 2021
113 wieder einen deutlichen Mitgliederzuwachs für DIE LINKE erreichen und der Perspektive einer in
114 der Gesellschaft und ihren Kämpfen verankerten Partei mit 100.000 Mitglieder näher kommen.
115 Dafür müssen wir die Parteiarbeit so revolutionieren, dass unsere aktiven Mitglieder mehr von der
116 Partei organisierte Gespräche mit Nichtmitgliedern als mit anderen Mitgliedern führen.

117
118 Neben der Unterstützung betrieblicher Kämpfe ist die Mieter*innenbewegung für uns ein
119 wichtiges Feld, organisierende Parteiarbeit zu erproben und zu lernen. Insbesondere der
120 Volksentscheid zu Deutsche Wohnen und Co. enteignen wird ein neuer Höhepunkt dieser Kämpfe
121 und bietet auch für Berlin eine konkrete zweite Chance, falls der erfolgreich erkämpfte
122 Mietendeckel vom Bundesverfassungsgericht verworfen oder massiv eingeschränkt werden sollte.

123
124 Die Corona-Pandemie hat insbesondere das ehrenamtliche Parteileben zweitweise sehr
125 weitgehend lahmgelegt, während die Fraktionen und ihre hauptamtlichen Apparate weiter
126 gearbeitet haben. Diese Lücke müssen wir in den kommenden Monaten so gut es geht schließen
127 und dafür alle digitalen und ab dem Frühjahr draußen möglichen Politikformate nutzen.